

Ersteilung in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
Für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg auch auf den 1. und 3. Monat des Quartals à 54 Pf.
Inserat
letz. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf., letz. Privatangelegenheiten und Fecht pr. Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
schicken an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen.
New York: Cos. denner, Broadway, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Hoff, 630 North 3rd Street.
J. Hoff, 1129 Charlotte Str.
Chicago: H. Eisenmann, 204 Division Street.
San Francisco: J. Hoff, 418 O'Farrell Street.
London: Babbie, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 14.

Freitag, 2. Februar.

1877.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für die Monate Februar u. März zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 1/2, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Eigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Engel Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Connewitz u. bei Haderl, Kurze Str. 10 port., für Kleinöschers u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für Thonberg bei Kirsten, Hauptstr. 7, für Neudorf bei B. Schau, 15 1, für Plagwitz-Lindenan bei Frau Grafenstein, Aureliustr. 3, für Gohlis u. bei H. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.
Für Werka wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Deutsche Rechtszustände.

Vor dem königlich preussischen Kreisgericht zu Altona fand am 17. und 18. Januar eine sehr interessante und lehrreiche Verhandlung statt. Die Anklage lautete auf Körperverletzung, Sachbeschädigung und groben Unfug. Der Sachverhalt war nach dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt“:

Im Frühjahr 1876 fanden in Ellerbed (Holstein) zu verschiedenen Zeiten drei Volksversammlungen statt, die letzte am 9. April, in welcher der Sozialdemokrat Radenhausen aus Altona referirte. Diese Versammlung wurde gestört durch den Brotmann Tabel in Kelling, der im angetrunkenen Zustande das Wort verlangte, während Radenhausen noch sprach. Die Versammlung wurde aufgelöst und verschiedene Ellerbeder fanden sich jetzt veranlaßt, die dort anwesenden Sozialdemokraten durchzuprügeln, wobei die Parteigenossen Hasselbach und Schloffer Ehlers schlecht wegkamen; auch von Messern wurde Gebrauch gemacht. Wegen dieser Affaire saßen folgende Personen auf der Anklagebank: Tabel, Neumann, 2 Gebrüder Ostermann, 2 Gebrüder Cords, Heydorn, Hattje, Kettinghaus. Der erstgenannte Tabel erzählt, es seien dort drei Versammlungen abgehalten worden. In der ersten habe man von Fleisch, Speck, Schinken und Wurst gesprochen, Sachen, die von den Reichen gegessen würden, während die Arbeiter sich mit den Knochen begnügen müßten. In der zweiten Versammlung sei von den Steuern die Rede gewesen und gesagt worden, die Arbeiter müßten 90 Prozent aller Steuern zahlen, während man die Reichen frei ausgehen lasse. In der dritten Versammlung am 9. April habe Radenhausen von den Richtern gesprochen und gesagt, die Reichen bekämen immer Recht, die Arbeiter dagegen immer Unrecht. Solche Reden habe er, allerdings im angetrunkenen Zustande, stören wollen und so den ersten Anstoß zu dem Standal gegeben. Einige Zeugen (es wurden 35 vernommen) sagten, sie hätten gehört, Tabel sei durch Geld dazu veranlaßt worden, den Standal herbeizuführen. Alle Angeklagten verweigerten irgend Jemandem gemüthlich zu haben. Die Beweisannahme stellt jedoch fest, daß nicht allein Faustschläge ausgeübt, sondern auch Knittel und Meißer gebraucht sind und mit Steinen geworfen worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist in dem Marmorstein'schen Hause eine Leiste von einer Thür abgerissen und Fenster sich zertrümmert worden, doch fällt die Anklage wegen Sachbeschädigung fort, weil kein Strafantrag gestellt worden ist. Um vor Mißhandlung gesichert zu sein, wurden die auswärtigen Parteigenossen in Begleitung von Gensdarmen über die Grenze gebracht. Die Beweisannahme stellt folgende Angeklagte als Hauptthäter fest: 1) Tabel, der als der Urheber des ganzen Standals anzusehen ist. Gegen ihn werden 4 Monate Gefängniß beantragt. 2) Neumann, der sich an der Mißhandlung des Schloffer Ehlers und Tischlers Hasselbach beteiligt hat, wider ihn sind 3 Monate Gefängniß beantragt. 3) Die Gebrüder Ostermann, wider die ebenfalls 3 Monate beantragt sind. 4) F. Marmorstein, F. Marmorstein und Kettinghaus, die an der Mißhandlung Hasselbach's sich beteiligt haben, beantragt 2 Monate Gefängniß. Wider die übrigen Acht werden wegen groben Unfugs 14 Tage Haft beantragt. Der Staatsanwalt suchte als Strafmittel hervor: 1) daß keine schweren Körperverletzungen vorgekommen seien (Hasselbach und Ehlers haben Messerstiche erhalten, außerdem ist mit Knitteln geschlagen und mit Steinen geworfen worden!); 2) daß sich zwei Parteien schroff gegenüber gestanden hätten, die Sozialdemokraten und die Bauernpartei, welche letztere entschlossen gewesen sei zu verhindern, daß die Prinzipien der Sozialdemokratie, die ja ganz und gar verwerflich und verderblich seien, in dortiger Gegend verbreitet würden. Die Veröffentlichung des Erkenntnisses wurde auf acht Tage, also bis zum 26. Januar, hinausgeschoben.

Demgemäß wurden die obenwähnten Angeklagten am 25. Januar abermals vorgeführt. Zunächst wurde von dem Vorsitzenden Hrn. Justizrath Jacobson constatirt, daß die Angeklagten durch unwahre Reden gereizt worden seien. Ferner wurde die Anklage wegen Sachbeschädigung niedergeschlagen, weil ein Strafantrag dieserhalb nicht gestellt worden sei. Es wurde sodann erkannt: 1) wider Tabel wegen Mißhandlung und groben Unfugs 2 Monate Gefängniß, 2) Neumann wegen Mißhandlung und groben Unfugs 6 Wochen Gefängniß, 3) und 4) wider F. und J. Ostermann 6 Wochen Gefängniß, 5) wider Kettinghaus, weil nur das Zeugniß des 14-jährigen Emil Schenderows wegen gegenübersteht, kostenlos Freisprechung, 6) wider Kamtsen wegen Körperverletzung mittelst eines gefähr-

lichen Werkzeuges 2 Monate Gefängniß, 7) wider Marmorstein 6 Wochen Gefängniß, 8) wider den Vicovogt Krohn 2 Monate Gefängniß. Wider jeden der übrigen 8 Angeklagten wurde auf eine Haftstrafe von 14 Tagen erkannt.

Das der Prozeßverkauf nach dem Bericht des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“. Hätten wir, wo unsere Rechtszustände in's Spiel kommen, nicht längst und zu wundern verlernt, so würden wir einfach erklären: unser Hamburger Parteiorgan ist das Opfer einer Mystifikation geworden; daß ein Staatsanwalt, das ein Gerichtsvorsteher die politische Parteilichkeit der Angeklagten und der durch dieselben Beschädigten als das Urtheil bestimmend oder wenigstens modifizierend bezeichnet haben könne, das ist einfach unmöglich.

Es ist aber nicht unmöglich, und der Bericht des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“, weit entfernt übertrieben zu sein, hat offenbar, und zwar aus naheliegenden psychologischen Gründen, die Thatsachen nicht in ihrer vollen Schroffheit wiedergegeben.

Genug: ein königlich preussischer Staatsanwalt erklärt es als „Strafmildernd“, daß die Beschädigten und Verletzten Sozialdemokraten sind, und daß die Angeklagten diese Sozialdemokraten nicht gleich todtgeschlagen haben. Und ein königlich preussisches Gericht entdeckt noch den weiteren strafmildernden Umstand, daß die Angeklagten durch die „unwahren Reden“ der Sozialdemokraten gereizt worden seien. Unwahre Reden, d. h. sozialdemokratische Reden, oppositionelle Reden, die mit den landläufigen Reden der herrschenden Parteien nicht übereinstimmen. Nach dieser Argumentation ist jeder Staatsbürger vogelfrei, der nicht ordnungsmäßig denkt und den verwerflichen und verderblichen Prinzipien „der Sozialdemokratie“ oder anderen reichsfeindlichen Prinzipien huldigt.

Wir hoffen, daß unsere holsteinischen Parteigenossen den Prozeß vor die höhere Instanz bringen werden; wir müssen wissen, ob die Anschauungen des Staatsanwalts Bud und des Justizraths Jacobson, sowie überhaupt des Altonaer Kreisgerichts die Sanktion des Appellationsgerichts und endgiltig des Obertribunals erlangen. Mit Einem Wort: wir müssen wissen, ob es in Preußen zweierlei Gesetz giebt:

- ein Gesetz für die Regierungsparteien
- und ein Gesetz für die Oppositionsparteien;
- ein Gesetz, das Ersteren Alles erlaubt,
- und ein Gesetz, das Letztere der Gnade ihrer politischen Gegner überliefert.

National-Ökonomisches.

Von J. Dieckgen.

III.

(Fortsetzung.)

Darwin lehrt, wie die „rohe“ Natur mechanisch, durch bloße Gewalt der Umstände zur höchsten Zweckmäßigkeit und Schönheit sich entwickelt. Dies mechanische Leben sehen wir allwärts und allzeit sich behaupten, auch beim Menschengeschlechte. Aber hier wird es am schwersten, dem Verständnis Eingang zu verschaffen.

Wie unterirdisches, vulkanisches Feuer, wie Wind, Wetter und Wasser unsere Erdkruste mechanischerweise und doch durchaus zweckmäßig gestaltet haben, so daß die Gewässer nicht in Pfützen herumstehen, sondern größtentheils in prächtigen Strömen dem Meere zufließen und also der Volkswirtschaft zu Verkehrsadern dienen, das versteht man; so etwas mag die Materie aus sich ohne irgend einen höheren Planmacher vollbringen.

Kommen wir nun an die Entstehung der Thierarten, so wird die vorhandene Zweckmäßigkeit und wunderbare Organisation den gottseligen Köpfen schon schwerer verständlich. Geradezu vernagelt aber stehen sie dem Menschenleben gegenüber. Und ist weiter endlich die körperliche Abstammung und die Gestaltung nach mechanischen Prinzipien auch hier anerkannt, dann sehen wir die extremen Freigeister noch wieder die Mechanik verkennen, wo es um den geschichtlichen Fortschritt, um Cultur oder Volkswirtschaft sich handelt.

Das nun ist charakteristisch für die Sozialdemokraten deutscher Schule: es sind radikale Materialisten, sie wenden das mechanische Prinzip auf Alles, auf den Menschengestalt selber an; sie weisen nach, wie auch die sogenannte Volkswirtschaft nicht von denkenden Köpfen eingefädelt ist, sondern wie, umgekehrt, die gedankenlosen Geister von materiellen Verhältnissen zur sozialen Wirtschaft gedrängt wurden.

Die Wörter „mechanisch“ und „materiell“ verleiten zu Mißverständnissen, weil ihre Bedeutung vom herrschenden Sprachgebrauche nicht scharf begrenzt ist. Im engeren Sinne nennt sich nur das Schwere oder Wägbare „materiell“, während der erweiterte Begriff alle Kräfte und Stoffe, wie sie die Sinne erschließen, Licht und Wärme, Riech- und Hörbares, alle Materie bezeichnet. Seit die Naturwissenschaft alles, und alles auf Bewegung reduziert, sind die Stoffe kräftig und die Kräfte stofflich. Wenn man sich darüber klar ist, und will nun die Wörter Stoff, Masse oder Materie auf das Wägbare einschränken, werden auch die radikalen Materialisten mit der Einschränkung einverstanden und keine Mißverständnisse möglich sein.

Es ist das materialistische Element im weitern Sinne, welches die positive Wissenschaft kennzeichnet und sie streng unterscheidet von allen Arten idealistischer Hirngespinnste. Die Naturwissenschaft, sagt Liebig, „gründet sich auf Thatsachen“, d. h. auf erfahrene Materie oder auf materielle Erfahrung. Eine solche Thatsache ist die wirtschaftliche Verbrüderung der Menschen. Da man davon weiß oder nicht weiß, die Verbrüderung ist thatsächlich vorhanden, und Kenntniß dieser Thatsache allein ist es,

welche Licht verbreitet über die ökonomischen Hauptstücke, über Werth, Geld, Kapital u. s. w.

Angenommen, ein Fischer und ein Jäger, jeder mit reicher Beute, begegnen sich und gehen einen Handel ein. Einer giebt zwei Lachse dem Andern für einen Rehbock. Rehbock und Lachse, Jäger und Fischer werden also gleichwerthig. Wenn nicht mit Worten, so ist doch mit dieser That gesagt, daß Fischerei und Jägeri wohl zweierlei Arbeit und doch von einer Art, daß es zwei Theile eines Ganzen, zwei Brüder eines Vaters sind. Werth oder Tauschwerth bezeichnet Brüderlichkeit. Lachse vertreten die Rehböcke und Rehböcke die Lachse. Soweit die Dinge Werth haben, steht eines für alle und alle für eines, da soll Freiheit und Gleichheit herrschen — leider nur unter den Produkten. Ob man nun für einen Bock zwei oder drei Lachse, oder für einen Lachs zwei oder drei Böcke zahlt, davon, von der Größe des Werths sei einstweilen abgesehen, um seine innere Natur leichter zu erkennen. Diese besteht einfach in der Bruder- oder Genossenschaft, welche die Menschen verschrobener Weise ihren Produkten beilegen, anstatt sie direkt communistic zu betheiligen.

Der Götzenbiener fertigt aus einem Stein sein Ebenbild, und was er sich nur durch seine eigene Arbeit erschaffen sollte, Glüd auf der Jagd oder reiche Ernte, das machte er von dem feineren Männchen abhängig. Denselben Götzenbiener treibt man in der National-Ökonomie. Die klare Forderung der Sozialdemokraten nach Brüderlichkeit beim Werth und nach Gerechtigkeit bei der Vertheilung des Produkts, ist heute und von Alters her in die todtten Dinge, in die Waaren und Werthe hineingeheimnist. Nur wollen die liberalen, die modernen Barbaren den Götzenbiener nicht verstehen und nicht davon ablassen.

Die Demokratie mit ihrem „gleichen Recht und gleicher Pflicht für Alle“ war in der Menschenbrust vorhanden, lange bevor ein Gedanke daran in politischen Köpfen getagt hatte; die Sache war wirksam, lange bevor das klare Wort dafür gefunden war. Du bietest zu wenig, Du forderst zu viel, das heißt: Nachbar, sei gerecht; was mir, gelte Dir. Nachdem wir einig, daß unsere Arbeitsprodukte brüderliche Produkte sein oder Werth haben sollen, nachdem Fisch für Fleisch und Fleisch für Fisch gilt, handelt es sich nur noch um die Werthgröße, um Gerechtigkeit. Wenn des Einen Tagewerk 100 Pfund Fisch eingetragen, während der Andere einen 50pfündigen Rehbock erjagte, dann sind 1 Pfund Bock und 2 Pfund Lachs Äquivalente, d. h. eine gerechte Vertheilung oder Theile der Gerechtigkeit.

Gegen die Theorie, daß des Fischers und des Jägers Tagewerk Äquivalente oder gleiche Werthe seien, mügen sich viele Einreden machen lassen, und bekanntlich werden in der That auch von unsern Handelsleuten viele Einreden gemacht. J. A. soll der Jäger seinen Bock in kurzer Zeit gepircht haben, während der Fischer vom grauen Morgen bis in die tiefe Nacht über den Ketten geht und deshalb der Meinung ist, daß ein 6stündiges Tagewerk einerseits und ein 12stündiges andererseits kein gleicher Werth, keine brüderliche Gerechtigkeit sei. Aber, meint der Jäger, die Gerechtigkeit fordert nicht nur Abschätzung der Zeit, auch meine größere Strapaze will berechnet sein. Und ferner: heute zwar habe ich in wenigen Stunden einen Bock erjagt, aber vielleicht morgen gebrauche ich 3 mal 6 Stunden dazu, so daß demnach meine heutige 6stündige Arbeit soviel werth ist, wie deine 12stündige. Dieser Art mögen die Weiden noch viel hin und her reden, und schließlich eine Durchschnitts-Jagd, einen Durchschnitts-Jag, einen Normalarbeitstag und die verschiedensten Umstände in Rechnung bringen. Unter allen Umständen aber bleibt klar, daß wie spitz und in welcher Weise man auch den Werth kalkuliren mag, er doch nichts weiter sein kann, wie ein verschobener Ausdruck für wirtschaftliche Brüderlichkeit und allgemeine Gerechtigkeit.

Unbewußte sozialdemokratische Tendenzen sind es, welche die Menschen zum Austausch ihrer Produkte treiben. Sie kommen auf den Markt gewissermaßen mit dem Vorhaben, sich dort nachträglich denselben Vortheil zu verschaffen, als wenn sie vorher communistic gearbeitet hätten. Trifft dort Jäger und Fischer mit dem Viehzüchter, Weinproduzenten, Kleidermacher, Kornbauer u. zusammen, wird so die Gesellschaft größer, dann wird Tausch und Handel lebhafter. Alle suchen Brüderlichkeit und Gerechtigkeit. Aber die Sache bekommt jetzt größere Haken. Die wirtschaftliche Tausch-Verbrüderung unter Zweien war eine Kleinigkeit. Doch wie nun unter den Vielen? Es findet sich bald, daß die Waaren nicht so gleichberechtigt sind, wie sie sein möchten. Es kommen Dinge, die von Jedermann und allzeit begehrte werden und andere sind höchst selten gefragt. Für keinen Wein will der Winger Fische und Korn, Fleisch und Holzschuhe erhandeln, und dagegen allen Kameraden, die ihm damit dienen, einen gerechten Theil seines Tranks überlassen. Leider ist die Kameradschaft schlecht organisiert. Der Winger mögen zuviel, der Wein zu reichlich und des Kornes und der Kornbauern zu wenig sein. Auch hat die Gesellschaft kein Comité gebildet, das in fruchtbareren Zeiten für eine künftige Theuerung besorgt ist. Die in den Werth gesteckte brüderliche Gerechtigkeit ist deshalb nicht nur den Schwankungen des Marktes unterworfen, sondern häufig und zeitweise ganz und gar in Frage gestellt. Die Freiheit und Gleichheit, die unter den Produkten sein soll, ist nicht, oder wenigstens mit vielen Umständen verbunden vorhanden. Der Wein läuft herum und bietet seine Dienste an, aber er wird diesmal nicht in die Commune aufgenommen. Dagegen ist Korn allgemein begehrt. So entstehen unter den Produkten privilegierte Klassen. Da giebt es Paras und Fürsten, und zuletzt einen Kaiser mit Krone undzepter, das ist das Gold, das ist das Geld.

Damit der chinesische Kaiser von seinen Unterthanen nicht mehr als gottbegnadeter übernatürlicher Pontifex angestaunt,

sondern mit dem gemeinen Manne auf denselben Etat gesetzt werde, dürfen sie nur die Reihenfolge der Prinzen, Fürsten, Grafen, Barone, Rastbürger etc. beachten, bis hinab zum ordinären Plebs. Aus dieser Reihenfolge geht hervor, daß der Unterschied zwischen dem Geringsten und Höchsten nur ein gradueller ist. Und was im Chinesischen gilt auch im ökonomischen Reich. Auch hier ist Kaiser und Unterthan von derselben gemeinen Abstammung. Jede Waare, jeder Werth hat den Marschallstab im Tornister. Jede Waare, jeder Werth ist, je nachdem er mehr oder minder louchant, gefordert oder tauschbar, je nachdem ist er mehr oder minder hoffähig, steht er dem Gelde, steht er dem Kaiser nah. In der That haben schon die verschiedensten Waaren die höchste Würde bekleidet. Hier dienen Felle, dort Tabak, und bei den Patriarchen gar Ochsen, Kinder und Schafe als Zahlungsmittel.

Wir haben gesehen, wie der Tauschwerth, den die Produkte annehmen, nur ein unbeholfener Ausdruck für das dem rohen bürgerlichen Menschen noch unbewußte Bedürfnis einer communikativen Wirtschaft ist. Weil er von der sozialdemokratischen Brüderlichkeit und Gerechtigkeit noch keinen Begriff, deshalb keine Gesellschaft konstituiert hat, die ihren Produktenbedarf nach Art, Zahl und Maß bestimmt, darum hat er, wie der Götzendiener sein Heil in dem Stein, so die Demokratie in den Tausch, in den Handel verlegt; er sucht sie auf dem Markt. Aber dort findet sich, daß, weil die Erzeuger keine Demokraten, auch ihre Erzeugnisse es nicht sein können. Eine chinesische Rangordnung hat sich unter den Produkten eingestellt. Je nachdem ein Artikel dem Bedarf der Commune entspricht, je nachdem ist er gesucht, hat er Geltung; und das Geld ist der von der Commune allzeit und allwärts gesuchte Artikel. Aus dem unerkannten communikativen Bedürfnis einer brüderlichen gerechten Wirtschaft entstand der Tauschwerth, aus dem Werth das Geld; und wer nun das Geld, der hat die bürgerliche Gesellschaft in der Tasche, der hat ihre Gerechtigkeit und Brüderlichkeit im Saß.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, sagte man einst von den französischen Machthabern. Auf unsere deutschen findet das Wort natürlich keine Anwendung, wie z. B. nachstehende hochamtliche Mittheilung des „Leipziger Tageblatt“ (vom 25. d.) zeigt:

„Die sächsische Staatsregierung hat sich veranlaßt gefunden, den Gemeindevorständen und Ortspolizeibehörden die bezüglich der Ueberwachung öffentlicher Volksversammlungen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einzuschärfen. Es soll insbesondere künftig von jeder derartigen Versammlung durch den aufsichtsführenden Beamten ein Bericht eingesendet werden. Veranlassung zu diesen Anordnungen scheinen das starke Anwachsen der Sozialdemokratie und der Umstand gegeben zu haben, daß betreffende der Ueberwachung der Versammlungen bisher sehr verschiedenartige Grundsätze zur Anwendung gelangten. Es handelt sich hier nicht um reaktionäre Maßregeln, sondern um gewissenhafte Handhabung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften.“

Kein — es handelt sich hier nicht um reaktionäre Maßregeln, bei Leibe nicht; im Gegentheil: um liberale Maßregeln, ganz im Geiste unserer Rationalisten. Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß das „Leipziger Tageblatt“ wie ein Fischweib — wir bitten die ehrlichen Fischweiber um Verzeihung und hoffen, daß sie uns nicht einen Beleidigungs- oder gar Verleumdungsprozeß an den Hals hängen, weil wir sie mit — Hüttner, — Leonhardt und Consorten verglichen haben — also nicht wie ein Fischweib, nein wie das „Leipziger Tageblatt“, das in dieser Kunst unübertroffen ist, auf den „Vorwärts“ schimpft, weil wir behauptet, das allgemeine Wahlrecht sei in Gefahr. Das sei nicht wahr, die Liberalen würden für dasselbe einstehen. Beweis: der dunkle Vortrag eines dunklen Tageblattredakteurs Namens Poded. Besagter Poded liest wohl sein eigenes Blatt nicht, was ihm freilich nicht zu verdenken. Sonst müßte er darin vor der Wahl nicht ein- sondern zehnmal die Drohung gelesen haben, daß, fielen die Wahlen zu Gunsten der Sozialdemokraten aus, Reaktionsmaßregeln die notwendige Folge sein würden. Und daß die „Reaktion“ sich zunächst am allgemeinen Wahlrecht probieren würde, hat er ebenfalls in seinem „Tageblatt“ lesen können. Daß aber zu Reaktionsmaßregeln die

Zustimmung der Nationalliberalen erforderlich ist, dürfte Poded's Bescheidenheit doch wohl kaum in Abrede stellen. Und die Bereitwilligkeit der Nationalliberalen? Hat Herr Poded die Justizgesetze vergessen? Er hat sie vergessen? Gut, die Deutschen haben ein kurzes Gedächtniß. Nun, dann lese er den Erguß seines (Poded's) Parteichefs Wehrenpennig in den „Hamburger Nachrichten“:

„Es sei nicht genügend, sagt derselbe, sich in einen Kampf mit den Sozialisten, Ultramontanen und anderen Reichsfeinden während der Wahltagation einzulassen und die großen Massen in der übrigen Zeit ihren Verführern zu überlassen. Es würde sich in Zukunft darum handeln, die Massen zu gewinnen durch Schriften, Vorträge und dergleichen mehr, um auf diese Weise die Verführten wieder zur Vernunft zu bringen. Der Mittelstand habe den Abgrund kennen gelernt, der zu schließlichen sei, was nicht mit äußeren Mitteln, mit Gensdarmen, Staatsanwältin, auch nicht durch plötzliche Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes“ geschehen könne, sondern durch eine Heilung, die aus den Ständen komme, deren Mangel an Energie und Entschlossenheit das Uebel verschulde. Die gegenwärtige Session des Landtages und die kommende des Reichstages biete den Liberalen Gelegenheit, die Schritte zu beraten, die gegen die Verwilderung (!) zu thun seien. Wenn das nicht geschehe, so stehe zu befürchten, daß die Reaktion, von der die Sozialisten und Ultramontanen sprechen, wirklich einbräche, indem die bestehenden Massen aus einfachem Selbsterhaltungstrieb die Regierung zu reaktionären Maßregeln drängen würden.“

So Herr Wehrenpennig, der also nur gegen eine plötzliche Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes“ ist. Verstanden Herr Poded?

— Eine neue Steuer soll dem deutschen Volke beschert werden — eine sogenannte Wehrsteuer. Ueber die Natur dieser Steuer läßt sich vorläufig nur soviel sagen, daß alle deutschen Staatsbürger — Pardon! Unterthanen wollten wir sagen — welche aus irgend welchem Grunde für untauglich befunden werden, den Kommissar zu tragen, mit einer Abgabe belegt werden sollen, deren niedrigster Satz auf 6 Mark und im Durchschnitt auf 21 Mark pro Kopf und Jahr zu stehen kommen soll. Im Ganzen hofft man mit dieser Steuer 30 bis 40 Millionen Mark aus dem Volke herauszuschlagen — natürlich nur zum Wohle des deutschen Reichs. Wer das Letztere etwa nicht glauben will, der gebe zu den Nationalliberalen, die werden es ihm haarklein auseinandersetzen, daß von den riesigen Summen, welche das deutsche Volk alljährlich an Steuern aufzubringen hat, auch nicht ein Pfennig unnütz ausgegeben wird. Zahlen, zahlen und immer wieder zahlen, aber auch hübsch das Maul gehalten — das ist das alte und leider noch immer neue Lied.

— Das Rezept des Finanzministers Camphausen zur Hebung der deutschen Industrie, welches bekanntlich auf nichts mehr und nichts weniger als auf die Aushungerung der Arbeiterklasse hinauslief, hätte seine Wirkung nicht verfehlt, wenn man den Worten desselben Finanziers, die derselbe jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus ausgesprochen und nach welchen für die deutsche Industrie die Zeit der schweren Noth nun bald vorüber sein dürfte — wenn man diesen Worten Glauben schenken könnte. Angesichts der Thatfachen gehörte aber ein starker Köhlerglaube dazu, obige Prophezeiung Camphausen's ernst zu nehmen. So können wir heute berichten, daß auf der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn 300 Mann, und zwar die ältesten, entlassen worden sind, dergestalt, daß sie ihre durch langjährige Einzahlungen erworbenen Ansprüche an die Pensionskasse verlieren. — Der Kündigung von 200 Bergleuten auf der Zeche „Helene Amalie“ in Westfalen folgen bereits neue Entlassungen der Kohlenproduktion auf anderen Zechen. Auf „König Wilhelm“ werden ungefähr 100 Mann abgelegt und soll gestern die Kündigung erfolgt sein. Auch auf der Zeche „Hoffnung“ und „Saalzer-Kuend“ hat man eine Kündigung von etwa 50 Mann in Aussicht genommen, dieselbe soll jedoch noch nicht ausgesprochen, sondern einstweilen verschoben worden sein, bis sich, was kaum wahrscheinlich, die Aussichten und Preise gebessert haben sollten. Auf vielen andern Zechen wird nur an 4 bis 5 Tagen der Woche gefördert. Auf den Zechen in der Nähe von Mühlheim a. R. nehmen die Arbeiterentlassungen wahrhaft

Heere irgendwie bekannt ist, muß sich von vornherein sagen, daß ein Offizier, welcher so gegen seine militärischen Vorgesetzten und seinen obersten Kriegsherrn auftritt, in dessen Heere er über zehn Jahre gedient hat, nicht wohl seine gesunden Sinne haben kann.“

Wir kommen später noch auf diese hochinteressante Aeußerung zurück.

„In seinem ganzen Verhalten erkennt man, daß ihm elementare Begriffe seines Soldatenstandes verloren gegangen und daß es reine Hirngespinnste sind, wenn er Personen verantwortlich machen will, gegen welche eine bestimmte Schuld nicht bezeichnet, viel weniger nachgewiesen ist, und zwar für Dinge, welche die natürlichen Folgen eigener Handlungen sind.“

Die Hirngespinnste würden doch noch erst zu beweisen sein.

In vermögensrechtlicher Beziehung ist das Bild, das uns gegeben wird, auch ein unvollständiges. Wir vermüssen darin namentlich die Lehnguts-Affaire. Wir werden nur von der Köller'schen Angelegenheit unterrichtet und auch hier läßt die Schilderung viel zu wünschen übrig.

Im November 1865 denunzierte, wie das Erkenntniß erzählt, v. Puttkammer gegen Köller wegen Wechselfälschung. Er hätte Wechsel des Grafen v. Sierstorff gefälscht, ihn durch Vorpiegelung eines großen Vermögens zu einem Scheinverkauf des Gutes Damerkow bewogen und darauf 10,000 Thaler eintragen lassen. Köller ließ ihn, gerade als er näher vernommen werden sollte, zum Schuldarrest bringen. Warum nicht trotzdem seine Verneinung erfolgte, wird nicht angegeben.

„v. B. behauptete später auch die Unterschlagung einer Obligation von 3000 Thlr. durch Köller, das Erkenntniß findet aber den Thatbestand einer strafbaren Handlung nicht nachgewiesen. Er fügt hinzu: „Die Verkürzung kann aber theils in Aufnahme von Geld auf das Gut, theils in Veräußerung von Holz u. dgl. bestanden haben, namentlich soll das Inventar für 2000 Thlr. verkauft sein. v. Puttkammer selbst gab an, daß er damals wegen Auflösung einer Verlobung habe auf Reisen gehen wollen und deshalb dem Köller die Verwaltung seines Gutes und die Ordnung seiner Verhältnisse habe übertragen wollen.“

Aufklärend bemerken wir, daß die Obligation in gar keinem Zusammenhange mit der „Verkürzung“ steht. Das Inventar ist allerdings auch verkauft worden und zwar, während die Sequestrations-Commission, welche den Verkauf verhindern sollte, in einem Nachbarorte von Damerkow ihren Kaffee einnahm. Als sie auf dem Gute eintraf, war das Inventar in der Zwischenzeit schon fortgeschafft. — Ob der Sequestrations-Commission

erschreckliche Dimensionen an. Allem Anscheine nach sind für das begonnene Jahr fast keine Lieferungsverträge mit den Zechen abgeschlossen worden. Zeche „Concordia“ in Oberhausen kündigte 200 Arbeitern. Die dort Bleibenden arbeiten die Woche nur drei Schichten bei einem Lohne von 25 Gr. Auf den meisten anderen Zechen geht es nicht besser. — Wir glauben gern, daß Herr Camphausen als Finanzminister im Abdiren und Subtrahiren etwas los hat, von der ökonomischen Wirklichkeit aber scheint er entweder nichts verstehen zu wollen oder versteht er wirklich nichts.

— Sie transit gloria mundi. Die Berliner „Volks-Zeitung“, die, als sie den (in ihrer Weise geführten) Kampf gegen den Sozialismus begann, über 40,000 Abonnenten zählte, hat wie wir aus sicherster Quelle erfahren, in diesem Quartal eine Auflage von nur 8000. Diese Zahlen legen bededtes Zeugniß ab für den „Rückgang“.

— Die Grenzverletzungen seitens unserer russischen „Erbfeinde“ nehmen kein Ende. Förmliche Treibjagden werden ungenirt veranstaltet auf Solche, die aus irgend einem Grunde Schuß auf preussischem Boden suchen, und Schiffe werden so häufig herübergeschandt, daß die hart an der Grenze wohnenden Leute auf ihren Geschöften nicht mehr sicher sind. Das alles können sich die „Erbfeinde“ schon erlauben; wenn aber einmal eine „erbfeindliche“ französische Kugel das Malheur haben sollte, ihren Weg über die Grenze nach Preußen zu nehmen — von heute auf morgen wäre der frische, fröhliche Krieg fertig.

— Tessenorff, unser bester Agitator, ist nach längerer Ruhe wieder in Aktion getreten. Dienstag den 24. ds. Mts. nämlich stand die mit so vielem Aufwand in Scene gefehrte Anlage gegen die Parteigenossen: 1) Schriftföhrer August Heinsch, 2) Maurer Paul Grottkau, 3) Buchhalter Heinrich Radow, 4) Buchdrucker Carl Friedrich Greiffenberg, 5) Drechsler Albert Baetke, 6) Schuhmacher Georg Wilhelm Hartmann, 7) Privat-Secretair Max Carl Derossi, 8) Buchhändler Max August Geib, 9) Sattler Ignaz Auer und 10) Cigarrenarbeiter Heinrich Braasch wegen Verletzung der §§ 8a und 16 des preussischen Vereinsgesetzes bezw. fortgesetzter Theilnahme an politisch geschlossenen Vereinen vor der bekannten 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts zur Verhandlung, über welche letztere wir in der nächsten Nummer ausführlich zu berichten gedenken. Natürlich konnte der wohlweise und „unabhängige“ Berliner Gerichtshof Tessenorff nicht zumuten, umsonst seinen staatsanwaltlichen Panzstrahl gegen die sozialistischen Attentäter geschleudert zu haben und pagte er denn auch sein Urtheil, welches am 27. Januar publiziert wurde, im Wesentlichen den Anträgen Tessenorff's an. Danach wurde die Schlichung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und des Berliner sozialistischen Arbeiterwahlvereins ausgesprochen und außerdem Genosse Heinsch zu 6 Wochen, Derossi zu 2 Monaten, Greiffenberg zu 1 Monat und Geib zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden auffälligerweise für schuldlos befunden und demgemäß freigesprochen.

— In Köln herrscht derzeit große Aufregung wegen der beabsichtigten Stadterweiterung, welche den Gegenstand verschiedener lebhafter Sitzungen der städtischen Behörden bildete. Es handelt sich um die Hinausschiebung der Festungswerke und die Ankaufung eines größeren Terrains. Der Oberbürgermeister war in Berlin gewesen, um dort Erkundigungen einzuziehen, und nach mehreren geheimen und andern Stadtverordneten-Sitzungen beriefen Männer aus der Mitte der Bürgerschaft eine Volksversammlung ein. Interessant dürfte unseren Lesern sein, daß in dieser unser Parteigenosse Rittinghausen nachwies, daß die alte Stadtumwallung Eigenthum der Stadt war und geblieben ist, daß dem preussischen Staate nur die Rukniefung davon überlassen worden sei und daß, sobald der Staat die Rukniefung aufgibt, die alte Stadtbefestigung in das volle Eigenthum der Stadt zurückgeben müsse. Es handelt sich dabei um eine Belastung der Stadt mit einer Summe von 9 Millionen Mark. Ein Comité ist niedergesetzt, dem auch Rittinghausen angehört und welches die Sache in die Hand nehmen soll.

— Kaiserliche Wohlthätigkeit. Der Kaiser von Oestreich

ein Vorwurf gemacht werden kann, das lassen wir dahingestellt. Herr v. Puttkammer hat es gethan.

Nachdem verschiedene Zeugen in Berlin über die Wechselfälschung vernommen waren, erfolgte im März 1866 (also fünf Monate nach der Denunziation) die Vernehmung des Grafen Sierstorff, welcher die Wechselfälschung bestätigte. (Hätte dieser Zeuge nicht zuerst vernommen werden müssen?) Die Staatsanwaltschaft beantragte nun wegen Wechselfälschung, Betrug und Unterschlagung gegen Köller die Erlassung des Haftbefehls und die Führung der Voruntersuchung.“ (War diese denn nicht schon geführt?)

Die Verhaftung wurde von der Rathskammer abgelehnt, und als nach Fortführung der Voruntersuchung endlich im November 1866 (also nach Jahr und Tag!) der Haftbefehl wegen Wechselfälschung erlassen wurde, war Köller längst nach England gegangen.“

Wir glauben, daß bei einem so schleunigen Verfahren auch dem launfrohsten Menschen die Geduld ausgegangen wäre!

„Inzwischen war auf Antrag des Bruders des Provolaten die Sequestration von Damerkow eingeleitet und es ist demnach die Substantiation des Gutes erfolgt, bei welcher Provolat wohl leer ausgegangen sein mag.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Arbeitsmann.

Was macht den Menschen glücklich
In jeder Noth?
Was macht uns Alle frohlich
Bei trocknem Brod?
Die Arbeit ist's alleine,
Die Arbeit, die ich meine:
Schweißige Hand — gebräunt' Gesicht —
Arbeitsmann! deß' schäm' dich nicht! —

Wer kann mit dir sich messen?
Arbeitsmann!
Sei froh und freu' dich deines,
Da Niemand es ja kann!
Du bist der Menschheit Perle!
Dein ist die Welt, die Erde! —
Schweißige Hand — gebräunt' Gesicht —
Arbeitsmann! deß' schäm' dich nicht! —

Herr v. Puttkammer.

II.

(Fortsetzung.)

Das Erkenntniß findet es unbegreiflich („am auffälligsten“), daß Dr. Höpner einfach mit dem Provolaten davon ausgeht, „daß demselben wirklich Unrecht geschehen sei und er gewissermaßen mit Recht Remede gegen die erlittene Unbill gesucht habe, ohne irgend darauf einzugehen, worin denn das Unrecht bestanden haben soll und wie sich dazu die Ideen und Borneausbrüche des Provolaten in seinen Schriftstücken verhalten. Gerade in diesen falschen Vorstellungen und dem Berrücken der Thatfachen, wie sich die einzelnen Personen zu diesem Unrecht verhalten, liegt der klarste Beweis für die mangelnde Kraft des Provolaten, richtig zu erkennen und richtig zu urtheilen und dafür, wie wenig die Ansicht des Sachverständigen richtig ist; Provolat verfolge nur Rechte, die ihm wirklich zukamen u. s. w.“

Es ist auffallend, daß das Gericht bei keinem der früheren Gutachten fragt, worauf sich die Ansicht vom Unrecht des Provolaten stützt! Das Erkenntniß setzt uns nun selbst von der Idee des erlittene Unrechts beim Provolaten in Kenntniß. Es habe sich von zwei verschiedenen Richtungen aus entwickelt, in militärischer und vermögensrechtlicher Beziehung. In militärischer Beziehung recapitulirt es die Darstellung des Dr. Lehnerdt, geht jedoch der Frage, ob das Linien-Kriegsgericht und bez. der Linien-Chrenrath kompetente Behörden v. Puttkammer's gewesen sind, aus dem Wege, erörtert auch nicht den Punkt, ob v. Puttkammer's Verletzung in das zweite Landwehrangebot sich gesetzlich rechtfertigen ließ, es weicht auch der Frage aus, ob eine nicht contraindicirte Kabinettsordre für den Provolaten rechtsverbindlich sein konnte, und berührt mit keiner Silbe die auch von Dr. Höpner erwähnte geschwirdrige Verhaftung v. Puttkammer's behufs Anerkennung des Linien-Chrenraths.

Wahrscheinlich ist er auch mit Ansprüchen auf Pension als „Schleswig-holsteinischer Offizier“ abgewiesen und richtet deshalb auch seinen Groll gegen den Fürsten-Reichskanzler. Wenn er mit einer Drohschüre Europa zu erschüttern gedenkt, so zeigt dies seine Selbstüberschätzung und die Schwäche seines Urtheils.“

Hat der Gerichtshof so wenig Material beisehen, daß er für einen Hauptzweig der Beschwerden v. Puttkammer's nur ein „Wahrscheinlich“ findet? Ist es ihm nicht bekannt, daß v. Puttkammer seine Pensionsansprüche auch durchsetzte?

Wer mit dem Geiste militärischer Disziplin im preussischen

hat den Arbeitslosen von Penzing und Rudolfsheim ein Geschenk von 1000 fl. gemacht. Mit Hilfe des kaiserlichen Geschenkes wurden einige Arbeiter von der Gemeindeverwaltung von Penzing ausgeführt, die jedoch nur wenige Tage dauerten, nach deren Ablauf den Arbeitern ein sehr länglicher Lohn ausbezahlt wurde, der eben von dem kaiserlichen „Geschenke“ bestritten war; die Arbeiter aber waren nun so arbeitslos wie früher. Unter den Arbeitern war, ob mit Recht oder Unrecht, vermögen wir nicht anzugeben, die Meinung verbreitet, die Arbeit werde noch fortgesetzt, sie begaben sich deshalb etwa 120 Mann stark am 15. d. M. vor das Gemeindehaus in Penzing und verlangten Arbeit. Die Antwort wurde ihnen durch die Sicherheitswache gegeben, welche drei „Tumultuanten“ verhaftete und in das Landesgericht einlieferte. Die „Tumultuanten“ sollen sich sehr gefreut haben, als sie erfuhren, daß sie auf einige Zeit unentgeltliche Wohnung und Kost erhalten; sie hatten ja blos deshalb „tumultuiert“, weil sie nicht wußten, wie sie Wohnung und Kost zahlen sollten; nun sind sie wenigstens von dieser Sorge befreit.

Mit Freuden bringen wir nachstehende Aufschrift zum Abdruck:

An unsere Brüder in Deutschland!
Zu Eurem Wahlkampf wünschten wir Euch die besten Erfolge und jetzt, da uns in der Ferne das Resultat Eurer Kämpfe und Opfer bekannt wurde, rufen wir Euch begeistert zu: Bravo! Wir wissen jetzt, wie groß die Arme des Sozialismus in Deutschland ist, und die imposante Stärke derselben erfüllt uns mit den besten Hoffnungen für die Zukunft. Wir leben auch in sehr schwierigen Verhältnissen. Inmitten des nationalen Kampfes müssen wir dafür kämpfen, daß das Volk nicht auch die wahre Freiheit vergesse. Wir müßten inmitten des Kanonendonners die rote Fahne der Sozialdemokratie hochhalten, und nur das einzige thut uns weh, daß sich unsere deutschen Brüder, unsere Lage und die Verhältnisse, in denen wir uns befinden, nicht kennend, in ihren Organen gegen die Befreiung des serbischen Volkes vom schamlosen türkischen Joch aufgelehnt haben. Nicht die russische zaristische Autokratie wollen wir stärken, oder gar die zaristische Krone anbeten, nein! Was wir thäten ist einzig und allein darauf gerichtet, eine jede Tyrannei, besonders den feudalistischen türkischen Staat zu vernichten. Und wenn's morgen gilt, die zaristische Despotie zu vernichten, so wären wir die ersten, die an der Arbeit sein würden. Die volle Gerechtigkeit gegen Alle und Jeden kann man nur bei der Sozialdemokratie finden, und deshalb sind wir fest überzeugt, daß uns unsere deutschen Brüder nicht mißverstehen würden. Denn wir haben gleiche Prinzipien und gleiche Bestrebungen. Was Ihr wollt, das wollen wir auch — unser gemeinsames Endziel ist die Umgestaltung der heutigen Gesellschaft, der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. der Ausbeutung der Arbeiter durch einzelne Parasiten. Demzufolge müssen wir zusammengehen; welcher Nationalität aber ein Jeder von uns angehört, das geht uns nichts an.

Die wirkliche Volkspartei der ganzen Welt bilden die Sozialisten aller Länder; die Sozialisten aller Länder und Völker müssen solidarisch wirken und handeln. Erleidet die sozialistische Partei eines Landes eine Niederlage, so ist dies zugleich eine Niederlage der sozialistischen Parteien aller Länder und umgekehrt; siegt die sozialistische Partei eines Landes, so ist das ein Sieg der Sozialisten aller Länder; und eben darum folgten wir Eurem Wahlkampf mit so gespannter Aufmerksamkeit. Jetzt wissen wir, woran wir sind; jetzt wissen wir, daß unsere deutschen Brüder ihre Schuldigkeit gethan haben, und in Eurem Siege, Brüder, feiern wir auch unseren Sieg. Das sozialistische Prinzip hat in Deutschland glänzend gesteuert, und somit haben auch wir gesiegt. Euch aber gehört der Ruhm des Sieges, und deshalb rufen wir begeistert: Hoch das sozialistische Prinzip! Hoch die sozialistischen Arbeiter Deutschlands! Zugleich hegen wir die Hoffnung, daß Ihr in drei Jahren noch weit bedeutendere Siege erfechten werdet, und mit Euch auch wir. Denn in Deutschland ist das sozialistische Heer schon imposant groß; in

*) Das ist ein Irrthum. Wir haben blos die Serben davon gewarnt, sich von der russischen Diplomatie und deren Werkzeugen mißbrauchen zu lassen. Das Resultat des sog. „serbischen Befreiungskampfes“ wurde einfach von uns vorausgesehen. R. d. S.

Drum auf! du Mann zur Arbeit,
Du bestst ja nie zurück!
Auf! auf! zur wahren Freiheit! —
Dann findest du dein Glück! —
Mit stolzem Ruf erhebe dich:
„Ich bin „Arbeiter“! Kennst ihr mich?“
Schwiele Hand — gebräunt Gesicht —
Arbeitsmann! dich schäm' dich nicht! —

J. K.

— Heiteres von erstem Ort. Nähere Freunde des würdigen Präsidenten unseres (des österreichischen) Abgeordnetenhauses, so berichtet die „Neue Fr. Pr.“, bemerkten während der letzten parlamentarischen Pause, daß er nachdenklicher als je umherging und offenbar wichtige Dinge im Schilde führte. Man glaube anfangs die durch den ungarischen Aufstand so häufig auftretenden Gerüchte von Ministerresignation als Grund jener tiefen Sorgen anzunehmen zu sollen, indessen zeigte sich heute erst die wahre Ursache des launghaften Nachdenkens. Es hatte Herr Dr. Rechbauer schon oft gewarnt, daß die schwarzbestrahten Diener des Abgeordnetenhauses selbst von Mitgliedern des Parlamentes mit den Ermählten des Volkes verwechselt wurden, ja daß sogar bei Abstimmungen das mißgriffene Haupt eines solchen Dieners irrtümlicherweise einmal mitgezählt worden war. Um derartige inconstitutive Verwirrungen ein für alle Mal zu beseitigen, ließ heute Herr Dr. Rechbauer die Diener des Hauses mit dreien weißen Schärpen geschmückt im Saale erscheinen. Die braven Diener haben jetzt zwar nicht Volksvertretern, wohl aber einem Beamten der Entreprise (Begräbnisgesellschaft) frappant ähnlich und alle Deputierten waren im höchsten Grade überrascht, plötzlich die ersten Vertreter der Reichsbestellungsgesellschaft im Hause Posten zu sehen. Als aber die neue Erscheinung erklärt war, brachen alle Abgeordneten in ein herzliches und so anhaltendes Gelächter aus, daß die Diener stutzig die Schärpen abnahmen und nun wieder wie gewöhnliche Menschen ohne Mandat und Platen ansahen. Es war aber einer, dem's zu Herzen ging, daß jetzt nicht mehr die Schärpe hing, und Herr Dr. Rechbauer ordnete daher an, daß die Diener von nun an mit weißen Rosetten auf den Brust zu erscheinen haben. Dies geschah auch, und die neugeschnittenen Diener wurden jetzt von Uneingeweihten für die Mitglieder eines Balkcomités angesehen, welche direkt in den Saal gedrungen, um hier ihre Einladungen an den Mann zu bringen. Nach und nach wird hoffentlich die neue Ecarde jedoch anerkannt. Damit wird diese parlamentarische Toilettenfrage vorläufig zur Zufriedenheit Aller gelöst sein, so daß künftig kein Diener des Abgeordnetenhauses wird fürchten müssen, etwa mit einem Deputierten, welcher ein Mißtrauensvotum von seinen Wählern erhalten hat, verwechselt werden zu können. Im französischen Parlament tragen die Diener stählerne Ketten um den Hals, welche nach Art der altdeutschen Rathsketten über die Brust herabfallen; dies bildet jedenfalls ein verlässlicheres Merkmal als Schärpe und Rosette.

Frankreich, England, Italien, bei uns und auch in den anderen Ländern wird es mit jedem Tag größer, es wird also in der kürzesten Zeit kommen, daß es uns möglich sein wird, auf die Gestaltung der Dinge bestimmend einzuwirken.

Zuletzt rufen wir Euch noch einmal zu: Hoch unsere Brüder in Deutschland! und verpflichten uns zugleich, unsere Pflicht als Sozialisten zu thun.

Berlin, den 18. Januar 1877.
Mit sozialistischem Gruß und Handschlag
Im Namen und Auftrag aller Sozialisten
der serbischen Nationalität aus dem unteren Banat:
Lazar Rancits, Basa Wischnjity,
Kosta Terrasz.

— Anlässlich seiner Wahl im Solinger Kreise hat Parteigenosse Rittinghausen in Köln folgendes Daneschreiben erlassen:

Köln, den 20. Januar 1877.
Werther Herr Rautenbach!
Indem ich Ihnen meinen herzlichsten Dank für die rasche Mittheilung der Siegesnachricht darbringe, ersuche ich Sie, unsern Freunden in Solingen meine innigste Anerkennung der höchst umsichtigen Thätigkeit auszudrücken, mit der sie diese für unsere Partei so wichtige Wahlangelegenheit betrieben haben. Es war für mich ein wahrer Genuss, mit den lebhaften, praktischen — und ich darf hinzufügen — geistesfrischen Arbeitern des Kreises Solingen in nähere Berührung zu kommen.

Ich bin überzeugt, daß die Uebereinstimmung und das gute Einvernehmen in Bezug auf unsere Prinzipien bei uns immer fortandauern werden; jedenfalls wird man mir nie den Vorwurf machen können, unserer hehren Sache nicht stets mit ganzer Seele gedient zu haben.

Mit freundschaftlichem Händedruck für Sie und alle dortigen Bekannten
Ihr
Rittinghausen.

— Wahltag in Reichenbach-Neurode (Schlesien).
Parteigenosse Kapell 6657, Franz (alt.) 6167 Stimmen.

Correspondenzen.

Wien, 20. Januar. Das Proletariat hatte in letzter Zeit theils blos Niederlagen aufzuweisen, Paris, Karthago, oder wenigstens einen Stillstand in der Bewegung zu verzeichnen, der bedenklich ausfiel, wie in Rußland und in unserem lieben Oesterreich. Die deutschen Parteigenossen hingegen schreiten von Sieg zu Sieg, von Triumph zu Triumph, allenthalben verbreitet der drohende Trit der deutschen Arbeiterbataillone Angst und Entsetzen, nicht nur in Deutschland. Man sieht auch hier wieder deutlich, daß auch die Bourgeoisie international zu fühlen versteht, sobald sich's um den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie handelt. Die Buthausbrüche der Wiener Journale sind ergötzlich. Man liest nichts mehr, als vom revolutionären Berlin, vom Berliner Petroleum, von der Berliner Commune: Das „Neue Wiener Tageblatt“ brachte einen Leitartikel, betitelt „An der rothen Spree“, wo natürlich Jeter und Mordis geschrieben wird über den Untergang der Cultur und Freiheit, der nun drohe, schließlich meint aber das „Tageblatt“, Fortschrittler und Nationalliberale hätten diese Niederlagen verhindern können, wenn sie nur den Schein einer parlamentarischen Unabhängigkeit bewahrt hätten! — Ein nettes Proöden der politischen Moral des Liberalismus. Seid unaufrichtig wie Ihr wollt, aber bewahrt den Schein des Anstandes. Andere Blätter bedauern, daß Bismarck nicht rücksichtsloser gegen die Sozialdemokraten vorging, die auch von der Regierung unterschätzt wurden — „kein Ausweg bleibt übrig als die Reaction — und da sind die freiheitsfeindlichen Sozialdemokraten Schuld.“ Den Sozialdemokraten schlechterdings müssen alle Unterschiede der politischen Parteistellung gegenüber verschwinden, alle anderen Parteien, Meritale, Agrarier, Nationalliberale, Fortschrittler wollen schließlich das Besteck erhalten, sie alle müssen sich verbinden gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie! — Nimmer darf es dahin kommen, daß die rothe Fahne zur Reichsfahne wird, daß eine Aera Bebel-Liebnecht-Hafenclaver über Deutschland hereinbricht! Das muß mit allen Mitteln verhindert werden!

Sie sehen, die guten Deutschen sind ganz aus dem Häuschen, dennoch geben sie sich einer großen Selbsttäuschung hin. Sie vergleichen das launfrumme Wien mit dem rothen Berlin. Wie würden sie erschrecken, wenn es hier unter denselben Bedingungen und Freiheiten zur Wahl käme, wie in Deutschland. Die innere Stadt ausgenommen, würde ganz Wien sozialdemokratisch wählen. Wir würden den Brüdern draußen im Reich zeigen, daß wir nicht unwürdig sind, Parteigenossen zu heißen. Die Bourgeoisie freilich glaubt, wenn sie den Rothschrei des arbeitenden Volkes erückt, so daß er nicht mehr zu hören ist, sei das Volk auch beruhigt und befriedigt. In Wien dürfte die Bourgeoisie eine ähnliche Ueberraschung erleben wie in Berlin.

Bismarck soll ein Gesetz bezüglich Einschränkung des Wahlrechtes in Petto haben, heißt's in einer Correspondenz der „Neuen Freien Presse“; daß er während ist, läßt sich denken, seine Politik erleidet Niederlage auf Niederlage, dem Sedan in Philadelphia ist das Sedan in Berlin, in der eigenen Residenz gefolgt, die Reichsfeinde triumphiren in der Reichshauptstadt! Von einem solchen Rückgang der Sozialdemokratie kann man nur wünschen, daß er in immer schnellerem Tempo vor sich gehe. Und er wird es auch. Der Sieg der deutschen Proletarier kann nur ein Sporn sein für die andern Länder, es ihnen gleichzutun, den Vorkämpfern des Proletariats!

Ich würde Ihnen eingehender über die Haltung der hiesigen Journale berichten, aber der genaue Bericht über sämtliche Wahlen fehlt noch, und an diesen werden die Blätter wohl auch ihre Commentare knüpfen.

London, Januar. (Zu den Reichstagswahlen.) Das Resultat der Wahlen, speziell der Erfolg der Sozialisten hat auch in der englischen Presse allgemeines Erstaunen, verbunden mit unverkennbarer Bestürzung, hervorgerufen. Dieses Ereigniß wird von den betreffenden Blättern sehr verschiedenartig besprochen. Der „Daily Telegraph“ hielt in dieser Beziehung in einem längeren Artikel eine Lobrede über diejenigen Parteien, welche den Sozialisten feindlich gegenüberstehen; namentlich — heißt es in diesem Artikel — sind es die Conservativen und Liberalen, welche die „most respectable“ Partei bilden, während die Sozialdemokraten „so weit heruntergefallen sind, daß dieselben gezwungen mit den Ultramontanen Hand in Hand gehen“. Zum Schluß windet sich der Artikelschreiber aus seinem Nest hervordringend und greift wie ein altes Weib über den von Niemand geträumten Sieg der Sozialisten in der Metropole des deutschen Reichs, verordnet aber zu gleicher Zeit in einem Quacksalberton ein Rezept, um die weitere Ausbreitung der sozialistischen Idee zu verhindern, und dieses Mittel besteht darin, Bismarck und Gortschakoff in gegenseitig freundlichen Beziehun-

gen zu erhalten, indem, weil auch in Rußland der Sozialismus anfängt unter das Volk zu dringen, diese beiden Herren mit vereinter Macht zu wirken haben werden, um diesen der menschlichen Gesellschaft äußerst gefährlichen Feind zu unterdrücken. — Der „Weekly Dispatch“, eine wöchentliche Zeitschrift, keineswegs aber ein sozialistisches Blatt, ist jedoch ganz anderer Ansicht und bringt unterm 21. Januar einen Artikel, welcher zwar nicht gänzlich von Widersprüchen frei, aber bemerkenswerth genug ist, um hier möglichst wortgetreu wiedergegeben zu werden. Der Artikel beginnt in folgender Weise: „Daß die verschiedenen Gesellschaftsstände Deutschlands nicht in den schönen und friedlichen Beziehungen zu einander stehen, als wie bisher gewöhnlich geglaubt wurde, davon haben die Reichstagswahlen einen unumwandelbaren Beweis geliefert. Durch den bedeutenden, außergewöhnlichen Erfolg, welchen die Sozialdemokraten in dieser Wahlperiode errungen haben, ist die politische Welt in die größte Bestürzung gerathen. — Thatsächlich hat diese Partei zehn Sitze erobert und wird wahrscheinlich bei den folgenden Stichwahlen noch mehrere Triumphe zu verzeichnen haben. In den Wahlkreisen, in welchen die sozialistischen Candidaten nicht siegten, ist dennoch für dieselben eine Stimmenzahl abgegeben worden, welche hinlänglich die bedeutend wachsende Stärke der Partei bestätigt. Dieser Erfolg ist ein um desto bezeichnender, indem von Oben herab beschlossen wurde, den Sozialismus entschieden auszurotten. Es muß bemerkt werden, daß die deutsche Regierung zu den willkürlichen Maßregeln griff, die Vereine der Sozialisten auflöste und die Leiter derselben einleiterte. Sogar die sozialistischen Mitglieder des Reichstags waren nicht ausgenommen von diesen strengen Verfolgungen, und Einige derselben hatten noch in letzter Zeit für ihre Ueberzeugung zu leiden.“

Dies ist jedoch nicht alles. Da, wo die Organisation durch die eigenmächtigen Polizeimaßregeln beeinträchtigt, die Arbeiterversammlungen auf alle nur erfindbare Weise hintertrieben wurden, stellte sich heraus, daß man einen Umstand übersehen dem gegenüber selbst die Regierung sich ohnmächtig erwies. Das war das grenzenlose Elend, welches in den unteren Klassen mit aufsteigender Gewalt um sich griff. Die Nothlage der Arbeiter, die Polizeiverfolgungen, die größten Schwierigkeiten, um Versammlungslokale aufzutreiben, das äußere Band der Organisation durch Regierungsbefehl aufgelöst — alle diese, eine Partei nothwendig aufreißenden Umstände führten in den möglichen Kreisen zu der Annahme, die sozialistische Idee müßte nun vollständig unterworfen, zum mindesten aber in rapidem Rückgange begriffen sein. Zu dem größten Erstaunen der Welt steht diese Partei in einer Kraft und Größe da, wie noch nie zuvor. Die Sozialisten rächten sich für die erlittene Unbill durch die Bestimmung der hervorragendsten Wahlbezirke des deutschen Kaiserreichs.

Eine derartige Erscheinung darf daher in Zukunft nicht mit der gewohnheitsmäßigen Gleichgiltigkeit behandelt werden. Eingestanden muß werden, daß die arbeitende Klasse schon zu lange und zu viele Bebrückungen erlitten mußte. In dem Druck übertriebener Steuerlast, im Darniederliegen der Industrie liegt der ungeheure Krebsgeschaden, welcher keineswegs durch die Gewalt beigelegt oder verbessert, auch nicht durch den Scheinlang militärischer Erfolge vergessen gemacht werden kann. Nur der kluge und vorsichtige, radical-liberale Reformers kann Hoffnung haben, den sozialistischen Agitator geistig zu entwaffnen. (Wie heißt?) — Deutschland befindet sich in einer kritischen Lage, mehr als allgemein angenommen wird.

Keineswegs können die Wahlen, soweit die anderen Parteien in Betracht kommen, zu der Hoffnung berechtigen, irgend eine durchgehende Verbesserung zu bewerkstelligen. Die Ultraconservativen erhielten mehrere Sitze, die Fortschrittler haben fast gänzlich den Grund verloren, und die nationalliberale Partei kann nicht mehr die Macht und Stärke aufweisen, wie es vor dem der Fall war. Dennoch prächt die Regierung, im Besitze einer entschiedenen Majorität (Jasager) zu sein.“

Der Artikel schließt mit der Bemerkung, daß für Diejenigen, welche verstehen, zwischen den Zeilen zu lesen, das Resultat der Reichstagswahlen eine fruchtbringende Warnung für die Zukunft sein wird. B. Baudisch.

Königsberg i. Pr., 24. Januar. Am 22. d. M. fand hier eine von dem Reichstagswahl-Comité der vereinigten Demokraten und Sozialdemokraten einberufene öffentliche Versammlung statt, in welchen das Verhalten beider Parteien zu der am 27. d. M. festgesetzten Stichwahl zwischen dem fortschrittlichen Candidaten Rentier J. Didert und dem nationalliberal-conservativen Candidaten, Stadtkämmerer Hoffmann besprochen werden sollte. — Die sich geltend machenden zwei verschiedenen Anschauungen wurden in der sehr zahlreich besuchten Versammlung eingehend erörtert. Alle Redner waren darin einig, daß, wenn ein Demokrat oder Sozialdemokrat sich bei der Stichwahl betheilige, er nur Didert wählen könne; es entspann sich nun jedoch eine lebhafte Debatte darüber, ob überhaupt eine Betheiligung an der Wahl stattfinden solle oder nicht. Für Betheiligung an der Wahl sprachen die Demokraten Oberlehrer Prengel, Kaufmann Wapp und Masermeister Störmer, indem sie zugleich für Didert eifrig plaidirten; für Wahlenthaltung und zwar aus prinzipiellen Gründen sprachen der Demokrat Buchhändler Braun und die Sozialdemokraten Reßki, Pinnow und Arnold. — Zum Schluß wurde Jedem überlassen, zu thun, was er im vorliegenden Falle für richtig halte, denn ein bindender Beschluß würde bei Einzelnen nur zu leicht einem Gewissenszwang ähnlich scheitern.

Breslau, 26. Januar. Die am gestern Abend 8 Uhr nach Wiesner's Concertsaal ausgeschriebene Wählerversammlung war so überaus zahlreich besucht, daß nicht nur schon lange vor 8 Uhr die weiten Räume überfüllt waren, sondern auch mehr als 2000 Menschen, da selbst Hausflur und Hof mit Menschenmassen angefüllt waren, wieder umkehren mußten, ohne irgendwo einen Platz finden zu können. Selbst der Schiefwerderaal hätte gestern nicht ausgereicht, um diese Menschenmassen aufzunehmen. Herr Maximilian Schlesinger geistelte als erster Redner in wahrhaft vernichtender Weise die Taktik der Gegner im jetzt entbrannten Wahlkampf. Seine Ausführungen fanden den ungeheuersten Beifall, ein Zeichen, daß alle Verdächtigungen und Verläumdungen gegen uns bei der Breslauer Bürgerschaft keinen Anklang mehr finden. Hierauf entwickelte der Candidat für den Wahlbezirk das Programm der Arbeiterpartei unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung. Er wies namentlich noch besonders nach, daß die Interessen der Kleinwerdtreibenden und niederen Beamten mit den Interessen der Arbeiter identisch sind. Die lebhafteste Zustimmung der Versammlung läßt erwarten, daß die Abstimmung am 26. zu unseren Gunsten ausfallen wird. — Der übergroßen Hitze wegen, die im Lokale herrschte, mußte die Versammlung auf 10 Minuten verlagert werden. Nach Wiederaufnahme erhielt das Wort Herr Bärle und widerlegte unter dem Beifallssturm der Anwesenden die Vorwürfe, die gegen die Forderungen der Arbeiter gerichtet werden. Hierauf ergriff Herr Reinders das Wort, setzte die Wichtigkeit des Wahlaktes auseinander und forderte zu reger Betheiligung am Wahltag auf,

worauf die Versammlung kurz vor 11 Uhr mit einem vom Vorsitzenden ausgebrachten und von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommenen dreimaligen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen wurde.

Labiau i. Ostpr., 18. Januar. In unserem Wahlkreise Labiau-Behlau sind bei der letzten Reichstagswahl am 10. d. M. folgende zwei empfindliche Wahlbeeinträchtigungen vorgekommen: 1) Der Unvorsichtige und Standesbeamte Kiebnjahm auf Loeberthof ließ kurz vor der Wahl durch den Arbeitermann Meyhöfer und durch den Kammerer Fischer den anderen auf seinem Gute befindlichen Arbeitern sagen: „Derjenige, der einen von den „Herumtreiberzetteln“ zur Wahl bringe, sei sofort frei und brodblos.“ Unter den „Herumtreiberzetteln“ verstand Herr Kiebnjahm die mit dem Namen „Hansenlever“ versehenen Wahlzettel. Da die Arbeiter von Loeberthof nicht gegen ihre Ueberzeugung stimmen wollten, andererseits aber fürchteten, mit ihren Familien plötzlich ergriffen zu werden, so enthielten sie sich der Wahl. 2) Auf dem Domänen-Vorwerk Viehhof bei Labiau übergab Inspektor Hilgendorf sämtlichen Arbeitern des Gutes Wahlzettel, die auf den Grafen Schlieben-Sanditten lauteten und äußerte hierbei laut und nachdrücklich: „Wer einen anderen als den Grafen wählt, dem geht es schlecht.“ Trotzdem fand sich der Gespannnecht Neumann mit einem vorchristlichmähig zusammengefalteten Wahlzettel, der den Namen Hansenlever enthielt, im Wahllokal ein. Hier fragte ihn der als Wahlvorsteher fungierende Domänenpächter Rosenau nach dem Namen, der sich auf dem Wahlzettel befände, und als er hierauf den Namen Hansenlever zur Antwort erhielt, verlangte er einen Wahlzettel mit dem Namen des Grafen Schlieben auf Sanditten. Neumann holte einen solchen aus der Westentasche hervor und diesen speiderte dann Herr Rosenau in die Wahlurne. — So werden bei uns in Ostpreußen die Resultate der Reichstagswahlen gemacht! — Dem Herrn Staatsanwalt in Behlau i. Ostpr. fordern wir jedoch hierdurch auf Grund der obigen Thatsachen auf, im Hinblick auf die §§ 107, 108 und 339 des deutschen Strafgesetzbuchs auf, gegen die Herren Kiebnjahm auf Loeberthof, Inspektor Hilgendorf auf Viehhof und Domänenpächter Rosenau die strafrechtliche Verfolgung eintreten zu lassen.

Alle Presseorgane, die dafür sind, daß in Preußen Recht und Gesetz herrsche, werden ersucht, diese Correspondenz zu veröffentlichen.

Raumburg, 23. Januar. (Ein geschäftstüchtiger Bürgermeister.) Eine Depesche aus Leipzig rief mich am 8. Januar zu der dort stattfindenden Volksversammlung als Referent, weil Herr A. Zwieler zur Diskussion mit dem Herrn Bürgermeister in Schönebeck abgerufen war. Obgleich ich sehr unwohl, und auch notwendige Arbeit fertig schaffen mußte, gebot mir doch die Pflicht, daselbst zu erscheinen. Parteigenosse O. machte die Bemerkung, daß hier selbst eine solche Parteibesuche Versammlung noch nicht gewesen sei. — Herr Otto eröffnete die Versammlung und behielt bei der Bürcamwahl den Vorsitz, es waren jedoch viele große Grundbesitzer, Lehrer, u. a. selbst der Schwager des Herrn Reichstagsabgeordneten hiesigen Wahlkreises, Rittergutsbesitzer Jacob aus Deuben, anwesend. Stimmen verlangten Zwieler sprechen zu hören, Freund Vogt beruhigte dieselben und ich erhielt das Wort. Ich kritisierte die Parteien im Allgemeinen und legte das Programm der Sozialdemokratie ausführlich vor. Lebhafter Beifall wurde mir zu Theil. Nachdem mein Vortrag mit der größten Ruhe und Gelassenheit aufgenommen wurde, wurde zur Interpellation aufgefordert, aber Niemand meldete sich. Hierüber ergriff ich nochmals das Wort und sagte, es sei Pflicht, Andersdenkende zu widerlegen. Aus der Versammlung hörte ich rufen: „Herr Jacob hat das Wort!“ Derselbe gab die Antwort, sich nicht hierzu gemeldet zu haben. — Nachdem schilderte ich die Art der Vertretung des Reichstagsabgeordneten Herrn Rohland, der noch nie einen Bericht über seine Tätigkeit im Reichstage erstattet, selbst der brieflichen Einladung der Raumburger Bürger vor drei Jahren nicht Folge geleistet habe, wie es doch die Sozialisten ihren Wählern gegenüber gethan hätten. — Hierauf wurde folgende Resolution mit allen gegen 3 Stimmen angenommen: „Die heute hier tagende Wählerversammlung ist mit den Prinzipien der Sozialdemokratie einverstanden und verspricht mit allen gesetzlichen Mitteln für die Candidatur des Herrn A. Zwieler einzutreten.“ — Hierauf wurde ein Antrag zur Tellerfassung gestellt und von der Versammlung mit großer Begeisterung angenommen, hierzu auch zwei Personen gewählt und nun die Versammlung geschlossen. Jetzt trat der Herr Gensdarmmeister-Wachmeister, mit dem Schließbuch in der Hand, vor mich und machte mir bekannt, der Referent müsse sich 3 Tage vor einer Versammlung bei der Behörde melden, dieses sei nicht geschehen. Natürlich war die Antwort, das ganze Vereins- und Versammlungsgeheiß enthalte einen derartigen Paragraphen nicht; der Gensdarm las mir aber nun wirklich einen Paragraphen vor, den ich indes keineswegs so verstehen konnte, er gab mir aber die Antwort: Seien Sie froh, daß es so glatt abgegangen ist. — Fünf Minuten mochten vergangen sein, als ich wieder aufgefordert wurde, mit dem Gensdarm beim Herrn Bürgermeister zu erscheinen, der mir die Fragen stellte: Wer sind Sie? Haben Sie Legitimation? — Ja wohl, Landwehr-Rittstärker! — Nicht genügend: Reisefarte. — Als ich andeutete, mein Landwehrpaß habe überall Gültigkeit gehabt, wurde derselbe entrollt, und der Herr V. fand, daß ich wohl ein leidlicher Vaterlandsvertheidiger gewesen sei, denn ich habe verschiedene Gefechte hierin verzeichnet und bin als Invalide ohne Pension entlassen worden. — Nun glaubte ich entlassen zu sein, es gab aber noch etwas: Parteigenosse Otto stand und hielt die Tellerfassung in der Hand; da sagte der Herr V. mit barischem Tone zunächst: Diese Dummei! (mit Hinweis auf die Tellerfassung). Ich bemerkte, daß es nach dem Gesetze vollständig gerechtfertigt sei, indem dieses der Obertribunalsbeschluss genehmigt. Sehr entrüstet sagte mir Herr V., ich solle den Beschluß vorlegen. Ich entgegnete, ich könne nicht sämtliche Gesetzbücher bei mir führen, würde aber den betreffenden Paragraphen von Raumburg senden; auch erwähnte ich, daß es wohl in der Funktion des Herrn V. läge, selber solche Beschlüsse zu kennen. Da rief er mir entgegen: Verstocktheit! Unschicklichkeit! nur Er — meine es ernstlich. — Hier empfahl ich mich und in aller Ruhe wünschte ich dem Herrn Bürgermeister wohl zu schlafen.

J. A.

Erklärung.

Ich habe schon öfters, ehe ich meine letzte vierwöchentliche Strafe antat, allerlei Zerstörer im Publikum verbreiten gehört über die von mir vom 16. Febr. bis zum 23. März in hiesiger Caserne verübte Strafe. Deswegen sehe ich mich veranlaßt, den Grund derselben hiermit zu öffentlicher Kenntniß zu bringen. Voraussetzende ich, daß es eine militärische und keine Civilstrafe war, um die es sich handelt. Um einem Freunde und Kameraden von 1870/71 zu seinem Rechte zu verhelfen, erlaube ich diesem, bei einer dahin gehenden Eingabe auch meinen Namen nebst mehreren anderen zu unterzeichnen, um den Inhalt der betr. Eingabe zu bestätigen. Nun wurde ich nebst zwei

anderen verhaftet, vom Civilgericht wurde die Untersuchung eingeleitet und vom Kriegsgericht das Urtheil gesprochen.

Am 7. Decbr. 1875 früh 8 Uhr erhielt ich Ordre, am andern Morgen 11 Uhr mich in der Casernenwachstube zu melden, um das Weitere zu gewärtigen. Nun mußte ich aber eine geschäftliche Reise notwendigerweise antreten, um nicht bedeutende persönliche Verluste zu haben. Deshalb schrieb ich an den Herrn Feldwebel, daß ich mich auf Geschäftsreisen befinde und bat um Aufschub über die Angelegenheit. In der Schweiz erhielt ich briefliche Mittheilungen von Bekannten über die Sache und setzte nach zweiwöchentlicher Abwesenheit zurück, um eine etwaige Strafe anzutreten. Am 16. Februar, Mittags 11¹/₄ Uhr angekommen, wurde ich am 16. Morgens von einem Polizeiergenten verhaftet und zur Caserne abgeführt, woselbst mir das Kriegsgericht eröffnete, daß ich wegen „gemeinschastlicher Eingabe“ 14 Tage Mittelarrest zu verbüßen habe. Nach deren Verlauf erhielt ich die Nachricht, daß ich auf Antrag des Königl. Landwehrbezirks-Commandos in Untersuchungshaft zu verbleiben hätte. Nach längerer Untersuchung wurde ich beschieden, daß ich wegen „Nichtbefolgung eines erlassenen Dienstbefehls“ und wegen „subordinationswidrigen Benehmens im schriftlichen Verkehr mit einem Vorgesetzten“ 19 Tage Mittelarrest antreten müßte. Von den 7 Tagen Untersuchungsarrest wurden 4 als Mittelarrest gerechnet, so daß ich also im Ganzen 36 Tage meist bei Wasser und Brod abzubüßen hatte. Krank wurde ich entlassen und mußte auch noch das Dylor von allerlei Verleumdungen erdulden.

Meine letzte Strafhaft, aus der ich am 17. Jan. entlassen wurde, wird nebst ihren Gründen und näheren Umständen den Lesern des „Vorwärts“ (früher „Volksstaat“) bekannt sein und bedarf keiner weiteren Bemerkung.

Coburg, den 26. Jan. 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Jul. Heymann.

Öffentliche Quittung.

Seit dem 22. Januar habe ich für den Wahlfonds erhalten:

Delmenhorst d. F. Friedrichs 20,00; Altenburg ein Baustein zum Ganzen v. Buchdruckern d. F. Hammel 19,00; Göttingen d. Bronnenmayer auf 3 Listen 10,00; Schaffhausen v. deutschen Verein d. Gaade 16,12; Raunheim v. Henz' Baugesellschaft d. Gang 3,00; desgleichen von der Schreiner-Versammlung betr. Ball 3,00; Pirna d. Ernst Schlegel 9,26; Neundorf v. G. Röder 6,96; Hensburg v. R. Johannens Eig.-Fabr. d. Cuistorf 6,40; do. v. H. P. 10,40; Zell i. W. d. Paul Stelgen, Müller 9,75; Schwedt a. O. v. 4 Genossen d. Th. Leonhardt 3,35; Sorau v. R. Jant 20,00; Quer b. Welle v. F. Köhler 3,15; Bremen v. d. Vig.-Fab. Biermann u. Sch. d. G. Stidan 12,00; Hildesheim v. A. Lehmann 3,00; Kaiserstern v. J. Strothauer 5,00; Sehe v. Ph. Krebs 3,50; Greiz d. Frz. Enders 30,00; Lechhausen auf Listen d. Lichtensteiger 10,00; Eilenburg v. W. R. Sperling 9,00; do. v. den Maurern in W. d. Klotz 3,00; Wernsdorf i. Böhmen von Genossen: „Was unsere Brüder gewinnen, gewinnen wir mit“ 9,60 (6 Gulden öst. W.); Offenbach i. Baden v. C. Sed 5,00; Järich v. Schloffer-Hachverein d. Rindlimann 16,12; Vevey v. deutschen Verein d. Schrader 8,06; Pforzheim v. Freunden u. Genossen d. Th. Weid 14,00; Viefefeld v. Arbeitern der Schmidt'schen Fabrik d. W. D. 7,00; Ußnig d. R. Köppl 3,00; Lüneburg d. G. Böttcher 7,40; Stötteritz d. E. Grube gef. v. F. Hofmann 2,63; do. d. D. Richter 8,35; do. v. Gustav Bierling 2,00; Einbe d. F. Kiel 4,30; Brandenburg a. H. Tuchfabrik Tivoli 4,00; Raumburg a. S. d. J. Kosky 16,20; Ottweiler v. R. Kobl 2,50; Ebn v. den Gästen der Frau Koch d. H. Weibengsch 18,05; Garburg v. den Arbeitern der Kaiser'schen Deisfabrik d. Steffens 14,05; Königsberg v. Borowski 10,00; Wiesbaden d. J. C. Städ 10,00; Reutlingen d. H. Aene 20,00; Lübeck d. H. Bruhn 91,78; Gießen d. W. Kohren 50,00; Ahrensburg Liste 780 d. H. Städler 7,20; Staßfurt d. H. Niehoff 8,00; Marus v. deutschen Verein d. F. R. 16,12; Konstanz d. J. Böny 5,20; Burtthardsdorf Liste 2633 d. G. Wörner 5,05; Kafan d. D. 15,00; Neustadt bei Stolpen v. Wählern d. S. sächs. Wahlkreises d. H. Wörner 3,00; Eberfeld v. J. Wimmers 3,00; Köln v. den Bildhauern u. Tischlern bei Wallenberg d. Overhage 9,40; Edderitz d. G. Hobusch 13,00; Verden d. Ad. Müller 25,00; Gera v. Arbeitern der mechan. Weberei v. Wittmer u. Schönherd 2, Teumer 6,25; Oberlahnstein v. J. Schumacher 2,50; Weimar v. Parteigenossen d. A. Hänsgen 9,00; Meerane d. F. Boigt 30,00; Göpzig d. J. G. Hüttig 6,00; Krottenlaiba gef. d. Friz Bohle 4,00; Baden-Baden Liste 2349 d. J. Küsters 10,00; Jierloha d. L. Copalle 13,21; Annaberg-Buchholz Liste 2400 d. Wegel 10,30; Veraburg d. C. Bopel 2,10; Neuenkirchen b. B. v. R. J. Köster 3,00; Kobitz b. Altenb. v. Arbeitern 4,50; Delitzsch d. W. Krausch 9,00; Olten v. deutschen Schuhm. d. Bender 8,06; Järich v. Smelud b. Huttelmeyer d. Schnelle 15,00; St. Gallen v. Allgem. Arbeiterbild.-V. 32,25; Luzern v. deutschen Verein d. H. Kruse 24,19; Friedrichshagen b. P. d. W. Thieme 2,40; Weimar v. einigen Gesinnungsgenossen d. Hänsgen 3,00; Goldlauter d. C. Weich 5,00; Feich d. Sandboß 1,35; do. d. Bösch 0,50; do. d. G. Graul 1,70; do. d. Müller v. Küchler's Eig.-Fab. 4,65; Wannen b. W. d. Joh. Schwarze 5,00; Carlstraße v. Gesinnungsgen. d. H. Bräutigam 2,85; Hagedt d. C. Grope 14,65; Achim d. S. Müller 30,00; Wörzig v. einigen Arbeitern d. Juterfabrik Werlebod 3,30; Coblenz v. Heinrich Dörfflein 8,05; Jessen b. Reichen gef. d. Ernst Köhler 4,00; Bremerhaven d. H. R. Raht 60,00; Jellerfeld v. H. Schirmbach 5,10; Oggersheim d. J. Quera 8,10; Hohenfelde v. Berner's Tischlern. d. Markmann 6,25; Bieda d. Fr. Täufer 3,00; London v. C. Arb.-Bild.-Verein d. Theod. Koll 102,00; v. einem Parteigenossen aus der Vorderpaltz 100,00; Brunnöbtra auf Listen d. Louis Schneider 15,00; Regensburg durch Danper 0,85; Neumünster i. d. Schweiz v. einer Arbeiter-Versammlung in Derlifen d. R. Seidel 8,00; Zug v. einem Genossen d. R. Seidel 6,50; Feich v. Krüger's Eig.-Fab. d. J. Schütter 3,60; Theissen d. Drabotta 4,50. Hamburg: 5,00 v. Schmüfer's Eig.-Fabr.; 6,45 zweite Rate auf Liste 4186 d. Schulz; 1,65 v. Salla; 7,20 auf Liste 2 v. Rehbein's Tischlern. d. Niederer; 1,00 v. R. R.; 5,30 auf Liste 4189 d. Kreuzfeld; 6,80 auf Liste 3739; 2,00 v. R. R.; 13,70 erste Rate auf Liste 252 d. G. U.; 10,60 zweite Rate auf Liste 4068 d. Schrader; 3,00 v. Ephraim's Werkst.; 4,65 v. Sanner's Tischlern.; Uhlenhorst, d. H. Griebel; 4,75 v. Heint. Tünke; 6,00 v. Heymann's Möbelwerkst.; 1,00 v. F. A. Glaser; 1,00 v. Zwischenberger; 4,60 aus der Wirtschaftskasse v. Eckelton; 4,00 v. einigen Tapezierern; 6,00 v. J. C. Erber's Schneiderwerkst.; 26,00 auf Liste 4183 d. Richter; 11,50 auf Liste 4182 d. Störmer von Parteifreunden, Stadtheich; 25,00 auf Liste 4181 d. Störmer v. Parteifreunden; 13,80 auf Liste 4190 d. Weilenmann; 6,00 v. den Parteigenossen auf Steinwärdler d. Kerl.

Für den Unterstützungsfonds erhielt ich: Eilenburg v. W. R. Sperling 3,00; Leipzig v. A. Bild.-V. d. Hadlich 34,70; Annweiler v. G. Seebach 1,00. Für den Agitationsfonds erhielt ich: Wülstler d. Bräudmann 15,00; Burg do. 8,90; Kellinghusen do. 10,00.

Hamburg, 27. Januar 1877.

August Weib, Rüdingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. H. E. in Lübeck: Es ist erlaubt, die Composition der Pieder aus der „Neuen Welt“ abzuschreiben. der Expedition. J. C., rheinischer Bauer: Ihre Reklamation ist der Post übergeben und lautet auf Abonnenten in Jagelheim. Wir müssen doch den Ort angeben, wo das Blatt reklamiert wird. — Conabrid: Annonce Montag Mittag zu spät eingetroffen.

Die Gesinnungsgenossen zu Wertheim am Main (Baden) werden ersucht, eine zuverlässige Adresse zu senden an W. Blos, Hamburg, Amelungstraße 6, Redaktion des „Hamburger-Altonaer Volksblatt“.

Der Bildhauer Theodor Biedowsky aus Berlin wird ersucht, seine Adresse sofort einzusenden und bitte ich die Parteigenossen, denselben darauf aufmerksam zu machen. Götrom. Otto Wollschläger, Schuhmacher.

Quittung. Reichsh. Hensburg Ann. 1,20. Kpfr hier Ab. 0,80. Arb.-Bild.-Ber. Reutlingen Ab. 6,56. Sträß Wien Ab. 1,64. Hünner Pirna Schr. 5,00. M. R. Mälthelm Schr. 4,35. Eglar Weisburg Schr. 4,90. Rikl Eßlingen Schr. 12,50. Wust Schalle Ann. 0,40. Wöbdr u. Gdnr Weg Ab. 3,00. Gebasin Vindennau Ab. 16,00 u. 19,35. Schr. 12,00. Arbeiterver. Hof. Ann. 1,30. Schneidergewerksch. hier Ann. 8,00. J. Franz Järich Ab. 50,00. Brnig Wiesbaden Ab. 28,07. Stal Tepitz Ab. 3,20. Hünner Hannover Ann. 1,50. Wit hier Ann. 2,80. B. Gnhr Großenbain Ab. 30,43. Schölz Graz Ab. 8,26. Kblmsky Jarotischin Schr. 4,80. Hummich Uebigau Ab. 0,90. Kpp Riechen Ab. 1,70. F. Pöhl München Schr. 1,14. Vg Hannover Ann. 1,90. Stütz hier Ab. 4,80 u. 3,80. J. Rhl Rischbaum Schr. 20,00. M. R. Raunheim Ab. 40,00. Kaufmann Erlangen Ab. 19,10. Andrh Regen Schr. 1,65. Ludngt Wien Ab. 4,96. Arbeiter-Bild.-Verein Loeben Ab. 5,37. Arbeiter-Bild.-Verein Knaberg Ab. 1,98.

Wahlfonds.

Von einigen Buchbindern gesammelt 4,50. Connewitz d. Schent Liste 10 1,60, Liste 11 1,40. Bauerjachs Liste 51 4,10. Bennenitz Liste 6 1,00. Krz hier gef. in Gohlis 7,40. Arbeiterverein Plagwitz d. Lenzel 1,21.

Anzeigen etc.

Annoncen für die Mittwoch-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimm-Annahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Hannover. Vereinigte Gewerkschaften. Sonntag, den 4. Februar, in Winkler's Hotel. Unterhaltung. (S. 162) Anfang 4 Uhr. — Dieses allen Parteigenossen zur Nachricht. [1,50] Das Comité.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 3. Februar, im Lokale des Herrn Boge, Mittelstraße Nr. 11: [60]

Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Vortrag und Diskussion. Der Vorstand.

Den Parteigenossen zur Kenntniß, daß in nächster Zeit das Wahl-Siegerfest stattfindet und erlachen wir für die größtmögliche Verbreitung zu sorgen, auch sich rechtzeitig mit Karten versehen zu wollen. Karten sind in den Versammlungen und bei Rudolph zu haben. Das Nähere wird noch bekannt gemacht. Das Comité. (S. 161) [1,50]

Linden vor Hannover. Den Mitgliedern und Freunden der [S. 210]

Liedertafel „Fidelitas“ zur Nachricht, daß unsere Vereins-Musikabtheilung am Sonntag, den 3. Febr., im Meier'schen Lokale, Zimmerstraße, stattfindet, wozu Freunde eingeführt werden können. Karten sind bei allen Comitémitgliedern zu haben. Der Vorstand. [2,40]

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Saal):

Große Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1) Diskussion der Statuten. 2) Anträge. 3) Wahlstatut. 4) Urabstimmung. [60] Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Leipzig. Sonntag, den 4. Februar, Vormittags Punkt 10¹/₂ Uhr, im Saale des Arbeiterbildungsvereins, Ritterstraße 43 II.: **Versammlung.**

Alle diejenigen, welche sich für das Lokalblatt „Fackel“, Volksorgan für Leipzig und Umgegend, interessieren, werden hierzu dringend eingeladen. Der Einberufer. [70]

Volkmarsdorf. Montag, 5. Februar, Abends 8¹/₂ Uhr, im Vereinslokale: **Generalversammlung.**

Tagesordnung: 1) Bericht des Vorstandes; 2) Abrechnung des Kassiers; 3) Abrechnung des Bibliothekars; 4) Wahl des Vorstandes etc.; 5) Stiftungsfest betr.; 6) Bibliothek betr. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. [1,00] Der Vorstand.

Ein begabter Knabe, mittellos, 14 Jahr alt, mit per Oftern 1877 eine Stelle als Druckerlehrling oder in einer Expedition unserer Parteipresse. Offerten nimmt dankend entgegen W. Otto, Webermeister in Hohenstein, Oberlungwitzerstraße.

!Leisendorff!

Viele Parteigenossen wünschen den bewährten Förderer unserer Wahlsitze naturgetreu portraitiert zu sehen. Wer verhilft uns zu der Photographie? Echt garantiertes Bild würde gern bezahlet Die Redaktion der „Neuen Welt“. Leipzig, Färberstr. 12/II.

Den Abonnenten der „Neuen Welt“ zur Nachricht, daß wir durch die unumgänglich nöthigen Arbeiten zu den Stichwahlen noch immer nicht im Stande waren, ganz auf's Laufende zu kommen. Die Ursache der Verzögerung wird uns gewiß entschuldigen. Heft I soll im Laufe diejer Woche bewältigt werden. Leipzig, den 27. Januar. Verlags- und Druckerei u. Genossenschaftsdruckerei.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hansen in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.